

dier für die indonesischen Güter über keinerlei eigene Absatzkanäle verfügten, gaben sie die Exportverpflichtung an die auf Gegengeschäfte spezialisierte Metallgesellschaft Services in Frankfurt weiter.

Die erfahrenen Händler mit ihren Filialbüros rund um den Globus schleusten – gegen Zahlung einer ansehnlichen Gebühr durch die Kanadier – Indonesiens Exportgüter auf den Weltmarkt. Obendrein erhielt MG Services von der Regierung in Ottawa für die Förderung kanadischer Exporte eine sogenannte Kompensationsgutschrift.

Kanada nämlich verlangt wie fast alle anderen Industriestaaten für staatlich finanzierte Importe – beispielsweise den Kauf von Rüstungsgütern oder Kraftwerken – einen entsprechenden Ausgleich („Offset“) vom Lieferanten. Dazu gehört beispielsweise die Abnahme eigener Exportprodukte ebenso wie die Vergabe von Unteraufträgen an Firmen im eigenen Land.

So koppelte jetzt auch die Schweiz den Kauf von Kampfflugzeugen des US-Herstellers McDonnell Douglas im Wert von zwei Milliarden Schweizer Franken an eine Bedingung: Die schweizerischen Maschinen- und Anlagenbauer sollen Export- und Zulieferaufträge von den Amerikanern erhalten.

„Es gibt heute kaum ein Land in der Welt“, weiß Balimo Jalloh vom Institut der deutschen Wirtschaft, „das nicht Countertrade bei gewissen öffentlichen Einfuhren oder Aufträgen fordert, betreibt oder duldet.“ Fachleute schätzen, daß die Gegengeschäfte mittlerweile einen Wert von jährlich 500 Milliarden Dollar erreichen. Das macht knapp 20 Prozent des Welthandels aus.

Manche Staaten könnten ohne Countertrade wohl gar nicht mehr am Welthandel teilnehmen. Häufig mangelt es der heimischen Industrie nicht nur an Devisen, sondern auch an dem nötigen Wissen, eigene Erzeugnisse richtig zu vermarkten. Da kommen ihnen die Marketing-Kenntnisse eingefuchster Lieferanten sehr zupaß.

Die staatliche indische Außenhandelsorganisation Metals and Minerals Trading Corporation (MMTC) zum Beispiel hat das Problem, daß sie – dem Wert nach – doppelt soviel Güter nach Indien einführt, als sie von dort exportiert. Um die Ausfuhren zu fördern, hat die MMTC mit der MG Services vereinbart, den Indern jährlich für 100 Millionen Dollar Güter abzunehmen. Im Gegenzug dürfen die Deutschen als „bevorzugter Lieferant“ Produkte nach Indien liefern.

Vereinbarungen dieser Art sind für westliche Produzenten nicht nur lästig, sondern bringen bisweilen auch beträchtliche Nachteile mit sich. So klagte der bundesdeutsche Fachverband Werk-

zeugindustrie über Kompensationswaren aus Indien, Pakistan, Taiwan und China, die in schlechter Qualität auf den Markt gedrückt würden und die Preise verdrüben.

Fast immer gebe es Lieferschwierigkeiten. Mal überschätzten Außenhandelsbürokraten in anderen Ländern die Fähigkeiten und Kapazitäten der eigenen Industrie. Mal würden Kompensationswaren vom Vertragspartner einfach anderweitig verkauft, weil bessere Preise zu erzielen seien.

Bundesdeutsche Firmen, das ermittelte das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Umfrage, halten den Tauschhandel für „ausgesprochen problematisch“, aber zugleich eben für „unumgänglich“. Die Qualität der Waren wird von vielen Firmen bemängelt, ausgenommen Produkte aus der DDR, Ungarn, Polen und zum Teil der Sowjetunion.



Wertpapier-Inhaber Champenois: Traum von schöner Rendite

Große Konzerne wie Bayer oder Klöckner, Thyssen oder die Metallgesellschaft unterhalten inzwischen hochspezialisierte Expertenteams, um die befürchteten Risiken bei den Gegengeschäften so gering wie möglich zu halten. Für diejenigen, die nicht über die erforderlichen Kenntnisse und Leute verfügen, bieten Firmen wie die MG Services und Dutzende kleinerer Kompensateure ihre Dienstleistungen an.

Wem der moderne Tauschhandel letztlich am meisten nützt, ist nicht immer klar erkennbar. Details und Finessen des Geschäfts verrät niemand gern. Und das wohl aus gutem Grund. „Beim Gegengeschäft“, erklärt ein Züricher Spezialist, „zahlt der Arme immer drauf.“

Anleihen

Fliegende Holländer

Die russischen Zaren machten in Frankreich Milliardenschulden, Michail Gorbatschow soll bezahlen.

Fünfzig Jahre seines Lebens handelte Edouard Champenois aus dem Dorf Escudain in der Nähe der nordfranzösischen Stadt Valenciennes mit Obst, Birnen und Salat, ein unauffälliges Händlerleben ohne sonderliche Höhepunkte. Doch nun, als 68jähriger Ruheständler, möchte der Franzose das Geschäft seines Lebens machen.

Es geht um viel Geld. Champenois will die Moskauer Regierung dazu bringen, endlich die Schulden der russischen

Zaren zu begleichen. Die hatten sich um die Jahrhundertwende bei französischen Sparern mit reichlich Barem eingedeckt.

Der Rentner Champenois ist Vorsitzender einer Interessengemeinschaft von rund 5000 Inhabern zaristischer Schuldverschreibungen. Insgesamt 300 000 Franzosen besitzen solche Papiere. Der arme Altersheiminsasse, der die Papiere geerbt hat, zählt ebenso dazu wie der Millionär, der sie aus Spekulationsgründen gekauft hat.

„Fliegende Holländer“ nennen Börsianer die Zaren-Papiere; seit nunmehr 100 Jahren geistern sie durch die französisch-russische Geschichte.

Es waren vor allem kleine Leute, die zwischen 1888 und 1914 etwa 13 Milliarden Goldfranc in rund 500 verschiedene

russische Schuldverschreibungen investierten. Frankreich setzte in die Zaren-diktatur große Hoffnungen, Chronisten sprachen vom „goldenen Osten“. Riesige Gewinne lockten, und so plünderten Bürger die Sparstrümpfe und Unternehmen ihre Rücklagen.

Die Franzosen gaben Kredite für den Bau der Eisenbahnlinie Moskau-Kiew, für die Erschließung kaukasischer Ölquellen und der Kohlevorräte aus dem Donez-Becken. Namhafte Bankenheizten das Spekulationsfieber an, die Provisionen verhiessen gute Gewinne.

Schlechte Nachrichten über Streiks und die wachsenden Wirtschaftsprobleme im kaiserlichen Rußland wurden von der Pariser Regierung abgeblockt. Sie fürchtete eine Börsenpanik.

Der Traum von der schönen Rendite im goldenen Osten endete mit der Oktoberrevolution. Lenin, der neue Herrscher über Rußland, weigerte sich, die Schulden der Zaren zu übernehmen.

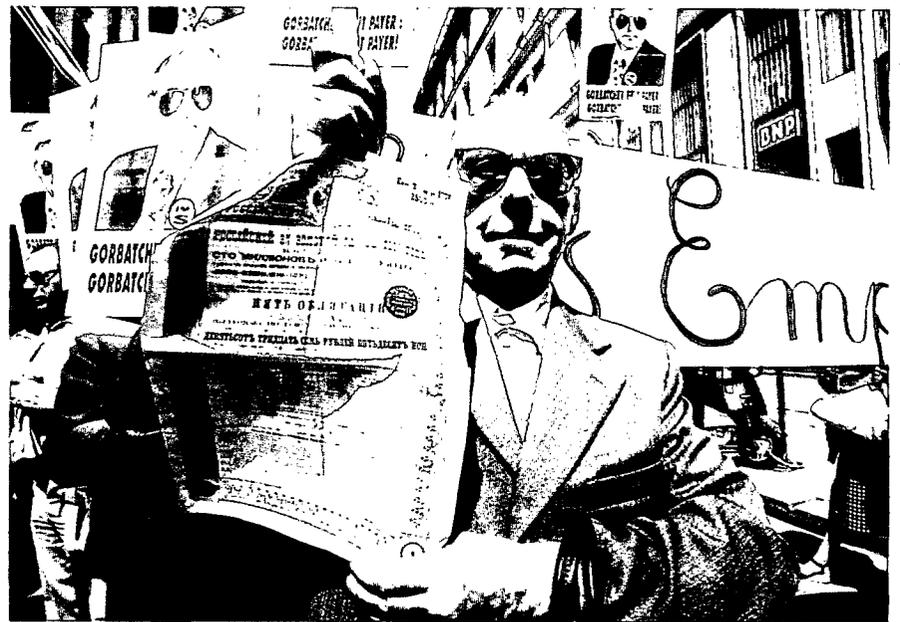
Nun, im postrevolutionären Zeitalter von Michail Gorbatschows Perestroika, scheint den französischen Zaren-Geschädigten die politische Konstellation für einen Vergleich mit Moskau günstig. Gorbatschow braucht dringend Westkredite; da müßte er, meinen die französischen Gläubiger, sich erst einmal als respektabler Schuldner ausweisen.

Die Zaren-Geschädigten der dritten und vierten Generation haben neuerdings eine mächtige Lobby in der Pariser Nationalversammlung. 84 Abgeordnete üben als „Studiengruppe zur Regelung russischer Schulden“ auf die Pariser Sozialistenregierung zunehmend Druck aus. Ihr Vorsitzender, der gaullistische Abgeordnete Jean-Pierre Delalande, erhob das Schuldenthema gar zum nationalen Anliegen. „Die Franzosen“, sagt er, „haben die im kollektiven Bewußtsein verankerte Affäre nie vergessen.“

Im fernen Washington wirkt überdies ein wichtiger Verbündeter für den französischen Klub der Erben – US-Präsident George Bush. Er sehe Probleme, den Sowjets Geld zu borgen, „ehe nicht die Schulden des alten zaristischen Rußland zurückerstattet“ seien, erklärte Bush im Pariser *Figaro*.

Aber merkwürdig: Die beiden mit der Affäre befaßten Pariser Ministerien, das für Finanzen und das für Äußeres, mauern. Außenminister Roland Dumas wiegelt stereotyp ab: „Das Thema bleibt von aktueller Bedeutung.“ Solche Floskeln der Regierenden machen die Aktienhalter immer mißtrauischer. Champenois: „Die haben etwas zu verbergen.“

Das Verhalten ihrer Regierung wundert die Franzosen um so mehr, als die Briten mit ihren Zaren-Papieren offenbar geschickter umgingen. Sie schlossen mit Moskau 1986 ein Schuldenregelungsabkommen. Die Zaren-Gläubiger erhielten eine Entschädigung von rund zehn Prozent des alten Aktien-Nenn-



Anleihen-Protest in Paris: Womöglich hereingelegt



**Russische Schuldverschreibung
In großen Mengen aufgekauft**

werts. Als Druckmittel bei den Verhandlungen setzte London 5,5 Tonnen Gold ein, das die Zaren bei der Barings-Bank deponiert hatten.

Ähnliches Vorgehen erwarten die Franzosen von ihrer Regierung. Schließlich lagern in den Tresoren der Banque de France – offiziell – 47 Tonnen Zarengold.

Das Gold hatte das Deutsche Reich dem gerade entstandenen Sowjetrußland im Diktat-Frieden von Brest-Litowsk im März 1918 abgepreßt. Acht Monate später waren die Deutschen die

Kriegsverlierer, sie mußten das Edelmetall an Frankreich abtreten. Beim deutschen Einmarsch 1940 wurden die Barren nach London ausgelagert, seit 1945 sollen sie wieder in den Gewölben der Pariser Notenbank liegen – jedenfalls theoretisch.

Doch liegt das Gold wirklich noch in Tresoren? 1963 schloß Frankreich ein Schuldenregelungsabkommen mit der Sowjetunion. Sein Inhalt blieb geheim, bis heute.

Den Enkeln und Urenkeln der Investoren schwant, daß sie womöglich hereingelegt wurden: Der französische Staat habe, so ihre Überzeugung, sich am Gold schadlos gehalten und die privaten Anleger absichtlich vergessen.

In den vergangenen Wochen steigerte sich die Unruhe der Zaren-Gläubiger. Unbekannte versuchten, die alten Rentenwerte in großen Mengen aufzukaufen. Die „Moskau-Kiew vier Prozent“ von 1903 war plötzlich stark gefragt, ohne ersichtlichen Grund. Das Papier, das im September 1988 nur mit 1,70 Franc notiert war, konnte anonymen Interessenten für ein Vielfaches, 9,15 Franc, verkauft werden. Hinter den Aufkäufen vermuten die Gläubiger des Zarenreiches das Pariser Finanzministerium und die Sowjetbotschaft.

Doch der Versuch, die Papiere aus dem Markt zu nehmen, scheiterte. Die Anleger gaben sie nicht ab: Die Erben der Gläubiger spekulieren auf die Kreditnot des Zaren-Nachfolgers. ◀